

**NIEDERSCHRIFT
ZUR SITZUNG DES
RATES**

**Sitzungs-Nr./Gremium/Wahlperiode:
10. Rat 2014-2020
Sitzungsdatum:
01.10.2015**

Niederschrift

Übach-Palenberg, den 01.10.2015

Unter dem Vorsitz von Bürgermeister Wolfgang Jungnitsch versammelte sich heute um 17:30 Uhr im großen Sitzungssaal des Rathauses der

Rat der Stadt Übach-Palenberg

um über folgende Tagesordnung zu beraten:

Tagesordnung

A) Öffentliche Sitzung

1. Bebauungsplan Nr. 114 - Beyelsfeld I -
hier: Abschluss der öffentlichen Auslegung und erneuter Beschluss der öffentlichen Auslegung gemäß § 4a Abs. 3 BauGB
2. 46. Änderung des Flächennutzungsplanes - Holthausen Nord -
hier: Abschluss der öffentlichen Auslegung und Feststellungsbeschluss
3. Bebauungsplan Nr. 90 - Bergarbeitersiedlung Boscheln - 3.vereinfachte Änderung
hier: Vorstellung des Plankonzeptes und Anordnung des Beteiligungsverfahrens
4. Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen gem. § 4 GeschO vom 28.08.2015
betr. Beitritt zur Rahmenvereinbarung zur Einführung der Gesundheitskarte für Flüchtlinge
5. Erweiterungen zur Tagesordnung
- 5.1 Direktvergabe eines öffentlichen Dienstleistungsauftrags über öffentliche Personenverkehrsdienste durch den Aufgabenträger Kreis Heinsberg an das Verbundverkehrsunternehmen WestVerkehr GmbH - Erfüllung der Direktvergabevoraussetzungen
6. Bericht und Mitteilungen des Bürgermeisters

B) Nichtöffentliche Sitzung

7. Beratungsleistungen für die Umsetzung der künftigen Wasserversorgung
8. Erweiterungen zur Tagesordnung
9. Bericht und Mitteilungen des Bürgermeisters

10. Bebauungsplan Nr. 114 - Beyelsfeld I -
hier: Antragsteller im Rahmen der öffentlichen Auslegung gem. § 3 Abs. 2
BauGB

Es waren anwesend:

Stadtverordnete

Frau Brigitte Appelrath	B'90/Die Grünen	
Herr Wolfgang Bien	UWG	ab 17.50 Uhr (TOP 4)
Herr Sven Bildhauer	SPD	
Herr Tim Böven	SPD	
Frau Martina Czervan-Quintana Schmidt	CDU	
Herr Herbert Fibus	SPD	
Herr Fred Fröschen	CDU	
Herr Josef Fröschen	CDU	ab 17.43 Uhr (TOP 1, ab Abstimmung zu Nr. 3)
Herr Peter Fröschen	CDU	
Frau Karin Fürkötter	SPD	
Herr Herbert Görtz	CDU	
Herr Gerhard Gudduschat	CDU	
Herr Wolfgang Gudduschat	FDP-USPD	
Herr Walter Junker	CDU	
Herr Robert Kohnen	CDU	
Herr Frank Kozian	B'90/Die Grünen	
Herr René Langa	CDU	
Herr Dietmar Lux	CDU	
Herr Herbert Mlaker	FDP-USPD	
Herr Hans-Georg Overländer	SPD	
Herr Alf Ingo Pickartz	SPD	
Herr Wolfgang Schneider	SPD	
Herr Gerd Streichert	SPD	
Herr Oliver Walther	CDU	
Frau Corinna Weinhold	UWG	
Herr Heiner Weißborn	SPD	
Herr Artur Wörthmann	CDU	
Herr Hubert Wynands	CDU	ab 17.43 Uhr (TOP 1, ab Abstimmung zu Nr. 3)

Abwesende Stadtverordnete

Herr Dr. Sascha Derichs	SPD
Herr Thomas Gottschalk	CDU
Herr Johannes Nievelstein	CDU
Herr Rainer Reißmayer	B'90/Die Grünen

Bürgermeister

Herr Bürgermeister Wolfgang Jungnitsch

Verwaltungsbedienstete

Herr Erster Stadtbeigeordneter Helmut Mainz

Herr Kämmerer Björn Beeck
Herr Stadtverwaltungsrat Thomas Schröder
Herr Technischer Angestellter Achim Engels

Schriftführerin

Frau Stadtamtsrätin Kerstin Schade

Bürgermeister Jungnitsch stellte die ordnungsgemäße Einladung und die Beschlussfähigkeit des Rates fest. Er begrüßte die Stadtverordneten, die Vertreter der Verwaltung, die Zuschauer und die Vertreter der Presse.

Stadtverordneter **Böven** erklärte, dass die SPD-Fraktion am Ende der öffentlichen Sitzung drei eine Anfrage an die Verwaltung richten wolle.

A) Öffentliche Sitzung

- 1. Bebauungsplan Nr. 114 - Beyelsfeld I -
hier: Abschluss der öffentlichen Auslegung und erneuter Beschluss der öffentlichen Auslegung gemäß § 4a Abs. 3 BauGB**
-

Beschluss:

- 1. Über die von der Öffentlichkeit eingegangenen Stellungnahmen wird entsprechend der Anlagen 1.1 bis 1.5 entschieden (die Anlagen sind Bestandteil der Sitzungsunterlagen und in der Urschriftensammlung enthalten).**
- 2. Über die von den Behörden und den sonstigen Trägern öffentlicher Belange eingegangenen Stellungnahmen wird entsprechend der Anlagen 2.1 bis 2.4 entschieden (die Anlagen sind Bestandteil der Sitzungsunterlagen und in der Urschriftensammlung enthalten).**
- 3. Der geänderte Planentwurf des Bebauungsplanes Nr. 114 – Beyelsfeld I - wird beschlossen (der Planentwurf ist Bestandteil der Sitzungsunterlagen und in der Urschriftensammlung enthalten).**
- 4. Die erneute öffentliche Auslegung gem. § 4a Abs. 3 BauGB in Verbindung mit § 3 Abs. 2 BauGB des Bebauungsplanes Nr. 114 – Beyelsfeld I - wird angeordnet.**

Abstimmungsergebnis:

zu 1:

Anlage 1.1:

zu 1: 17 Ja-Stimmen, 9 Nein-Stimmen

zu 2: Einstimmig

Anlage 1.2:

zu 1: Einstimmig

zu 2: 17 Ja-Stimmen, 9 Nein-Stimmen
zu 3: 17 Ja-Stimmen, 9 Nein-Stimmen

Anlage 1.3:
Jeweils einstimmig

Anlage 1.4:
zu 1: 17 Ja-Stimmen, 9 Nein-Stimmen
zu 2: Einstimmig
zu 3: Einstimmig

Anlage 1.5:
zu 1: 17 Ja-Stimmen, 9 Nein-Stimmen
zu 2: Einstimmig

zu 2:

Jeweils einstimmig
(Über die Anlagen 2.1 bis Anlage 2.4 wurde jeweils einzeln abgestimmt.)

zu 3:

Einstimmig

zu 4:

Einstimmig

**2. 46. Änderung des Flächennutzungsplanes - Holthausen Nord -
hier: Abschluss der öffentlichen Auslegung und Feststellungsbeschluss**

Beschluss:

1. Über die von den Behörden und den sonstigen Trägern öffentlicher Belange eingegangenen Stellungnahmen wird entsprechend der Anlagen 1.1 bis 1.7 entschieden (die Anlagen sind Bestandteil der Sitzungsunterlagen und in der Urschriftensammlung enthalten).
2. Es wird festgestellt, dass von Seiten der Öffentlichkeit keine Stellungnahmen abgegeben wurden.
3. Die 46. Änderung des Flächennutzungsplanes -Holthausen-Nord- wird festgestellt.

Abstimmungsergebnis:

Jeweils einstimmig

(über die Anlagen 1.1 bis 1.7 unter Nr. 1 wurde jeweils einzeln abgestimmt)

3. Bebauungsplan Nr. 90 - Bergarbeitersiedlung Boscheln - 3.vereinfachte Änderung hier: Vorstellung des Plankonzeptes und Anordnung des Beteiligungsverfahrens

Beschluss:

1. Der Bebauungsplan Nr. 90 – Bergarbeitersiedlung Boscheln – wird im vereinfachten Verfahren gem. § 13 BauGB geändert.

Umfang der Änderungen:

Die Grünfläche wird als WA Fläche mit einem Bereich für Garagen ausgewiesen.

2. Der Änderungsentwurf wird beschlossen.
3. Der von der Änderung des Bebauungsplanes betroffenen Öffentlichkeit und den von der Planänderung berührten Behörden und sonstigen Trägern öffentlicher Belange wird gem. § 13 Abs. 2 BauGB Gelegenheit zur Stellungnahme gegeben.

Abstimmungsergebnis:

Jeweils einstimmig

4. Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen gem. § 4 GeschO vom 28.08.2015 betr. Beitritt zur Rahmenvereinbarung zur Einführung der Gesundheitskarte für Flüchtlinge

Schriftführerin **Schade** verlas den Antrag (der Antrag ist Bestandteil der Sitzungsunterlagen und in der Urschriftensammlung enthalten).

Seitens der CDU-Fraktion wurde erklärt, dass sie dem Antrag nicht zustimmen werde, weil die Folgekosten nicht abschätzbar seien und die in Rede stehende Gesetzesänderung abgewartet werden sollte.

Die Verwaltung erläuterte, dass die derzeitigen Rahmenbedingungen 8 % Verwaltungskosten vorsehen. Zudem enthalte die Gesundheitskarte eine nicht unwesentliche Erweiterung des Leistungsumfangs des Asylbewerberleistungsgesetzes, so dass insgesamt von Mehrkosten für die Kommune ausgegangen werden könne.

Die SPD-Fraktion hielt das Thema des vorliegenden Antrages für wichtig und schlug vor, den Antrag bis zur kommenden Ratssitzung zu vertagen, um die weiteren Entwicklungen in der Angelegenheit abwarten zu können.

Die UWG-Fraktion erklärte, sie könne dem vorliegenden Antrag aufgrund der Haushaltssituation heute nicht zustimmen, erklärte sich mit einer Vertagung jedoch einverstanden.

Beschluss:

Der Antrag wird bis zur kommenden Ratssitzung vertagt.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig

5. Erweiterungen zur Tagesordnung

5.1 Direktvergabe eines öffentlichen Dienstleistungsauftrags über öffentliche Personenverkehrsdienste durch den Aufgabenträger Kreis Heinsberg an das Verbundverkehrsunternehmen WestVerkehr GmbH - Erfüllung der Direktvergabebedingungen

Beschluss:

Der Änderung des § 9 Abs. 1 des Gesellschaftervertrages der Kreiswerke Heinsberg GmbH, vom 28.04.2005, wird mit folgender Formulierung zugestimmt:

Die Beschlüsse der Gesellschafterversammlung werden mit einfacher Mehrheit der abgegebenen Stimmen gefasst, soweit nicht Gesetz oder Gesellschaftervertrag zwingend eine andere Mehrheit vorschreiben.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig

6. Bericht und Mitteilungen des Bürgermeisters

Berichte und Mitteilungen des Bürgermeisters lagen nicht vor.

Anfragen

Anfrage der SPD-Fraktion:

Auf Nachfrage der SPD-Fraktion in Bezug auf die Befestigung der „Sauerkrautdecken“ in Turnhallen erklärte Erster Stadtbeigeordneter Mainz, dass sämtliche Turnhallen im Stadtgebiet überprüft und mit Ausnahme der Turnhalle in Marienberg auch bereits wieder freigegeben worden seien. Bei der Turnhalle Marienberg bedürfe es noch einer weiteren statischen Überprüfung.

Bürgermeister Jungnitsch schloss um 18.02 Uhr die öffentliche Sitzung.

Nach Wiederherstellung der Öffentlichkeit schloss Bürgermeister Jungnitsch um 18.03 Uhr die Sitzung.

Jungnitsch
Bürgermeister

Schade
Schriftführerin